

Unser BR-Vermögen steigt und steigt und steigt!

Der BR Fond ist kein Sparverein. Seit 31.12. 2008 erhöhte sich der Vermögenstand des BR-Fonds um ca. 33 Prozent.

Das Geld des BR-Fonds darf nur für die Geschäftsführung des Betriebsrates und für Wohlfahrtsmaßnahmen verwendet werden.

Schon bei der konstituierenden BR-Sitzung nach der vorgezogenen Betriebsratswahl forderten wir, dass manche Leistungen des BR-Fonds erhöht werden sollten.

Geldausgaben und das Vernichten von BR-Vermögen das Ziel der LGS.

Es wird jetzt viel weniger Geld für die Betriebsräte ausgegeben, da es keine Doppelverrechnungen von Fahrtkosten, Diäten, nicht gerechtfertigte Aufwandsentschädigungen, Jubiläumsgelder, etc. mehr gibt.

Das Geld, das nicht für die Geschäftsführung des Betriebsrates verwendet wird, soll vermehrt den MitarbeiterInnen zu Gute kommen.

BR Haidinger organisierte dafür einen Termin am 23. April 2012.

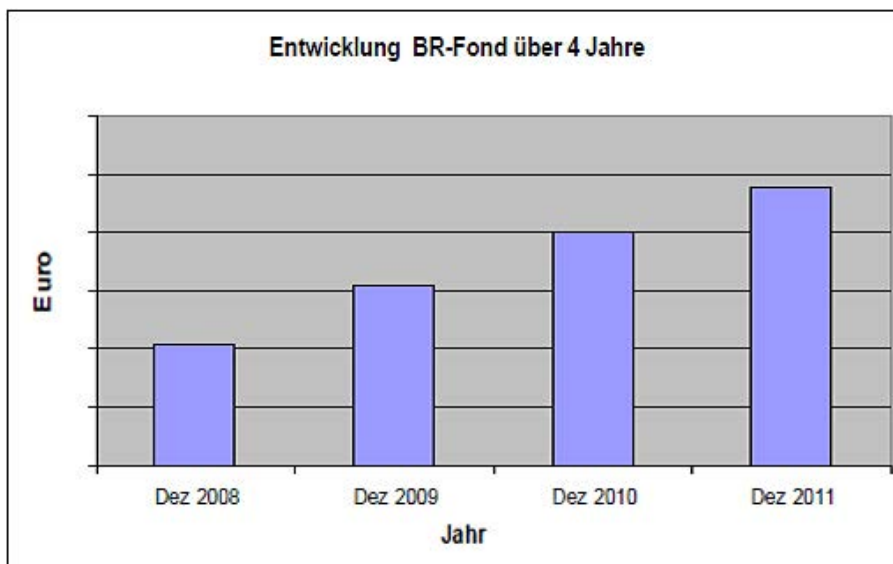
Wir könnten uns vorstellen, dass das Kameradschaftsgeld erhöht wird, bei gleichzeitiger Vereinfachung der Handhabung (Wegfall der Personenanzahl bei der Rechnungslegung). Direkte Geldzuweisungen an Schichtkassen sind nicht gestattet, weil dies keine Wohlfahrtsmaßnahme ist.

Ist die voestalpine ein attraktiver Arbeitgeber ?

Diese Frage stellt sich, denn es verlassen derzeit zu viele junge MitarbeiterInnen das Unternehmen. Meistens sind es junge InstandhalterInnen, die auch anderswo schnell wieder einen Arbeitsplatz finden.

Besonders bei den InstandhalterInnen gibt es großen Frust im Zusammenhang mit dem Projekt Zukunft. Die immer fortschreitende Leistungsverdichtung, unsinnige Ideen, die das Arbeiten nur schwerer machen, nähren den Frust.

Es sollte ein Projekt mit dem Namen „Vorstand am Zug“ beschlossen werden, damit die jungen Mitarbeiter im „Zug voestalpine“ bleiben und die Ausbildungskosten für die voestalpine nicht umsonst waren.



Die Arbeiterkammer Steiermark empfiehlt, das Vermögen sollte nicht mehr als doppelt so hoch wie die jährlichen Einnahmen aus der BR-Umlage sein.

Das heißt, wir könnten das Vermögen der BR-Fonds um ca. die Hälfte reduzieren.

Keinesfalls ist dabei sinnloses

Wir sind der Meinung, dass mittelfristig das Vermögen durch erhöhte Leistungen aus dem BR-Fond reduziert werden soll.

Bei der letzten BR-Sitzung machte BR Linsmaier den Vorschlag, dass ein kleines, überfraktionelles Arbeitsteam des BR Vorschläge dafür erarbeiten soll.

Prämie GJ 2011/12

Derzeit kann man nur das Orakel befragen, wie hoch die Prämie sein wird. Die Idee von VD Alfred Düsing, einen Teil der Prämie in Form von bezahlter Freizeit auszuzahlen, ist noch nicht ganz vom Tisch.

Es kann aber nicht sein, dass in einem Unternehmen ein Teil der MitarbeiterInnen die Prämie in Geld und ein anderer Teil in Form von Zeit bekommt.

Wir von der LGS meinen, es sollte eine Urabstimmung unter den MitarbeiterInnen geben, ob die Prämie auch in Form von bezahlter Freizeit abgegolten werden kann. Diese Prämie ist eine Erfolgsprä-

mie für das abgelaufene Geschäftsjahr und Erfolg muss mit Geld abgegolten werden, denn dafür gehen wir arbeiten.

Bekommen dann auch der Vorstand und die Direktoren ihre flexiblen Entgeltanteile in Form von Zeit?

Wir rechnen damit, dass die Prämie in der zweiten Aprilhälfte verhandelt wird und mit Ende des Monats vereinbart wird. Die Verhandlungen werden nicht einfach für den Betriebsrat, weil die zweite Jahreshälfte viel schlechter war, als die erste.

Dies wurde am Bereichstag B2 den MitarbeiterInnen so vermittelt.

Danke an BR-Stv. Michael Leiter



Ich möchte mich für die 11 Wochen sehr gute Betriebsratsarbeit bei Michael bedanken. Aufgrund eines schweren Schienfalles war ich längere Zeit im Krankenhaus.

BR Linsmaier

Informationen aus der letzten BR-Sitzung

Von Seiten der LGS brachten wir drei Anträge zur Beschlussfassung ein:

Evaluierung Kostenneutralität EES: Diesem Antrag stimmten alle drei Fraktionen zu. Ziel ist die Überprüfung der Kostenneutralität des Lohnsystems und eine Erhöhung der Kompetenzlevel, besonders in den unteren Beschäftigungsgruppen. Wir glauben, diese hat sich zu Ungunsten der MitarbeiterInnen verschoben.

Terminplanung BR Sitzung: Seit Manfred Hippold BRV ist, gibt es keine jährliche Terminplanung mehr. Früher wurde zu Jahresbeginn eine Terminplanung vorgenommen und allen Fraktionen mitgeteilt. Es ist für uns kleinere Fraktionen nicht zumutbar, das wir immer nur einen Tag vorher die Einladung für eine normale BR-Sitzung bekommen. Die kleineren Fraktionen haben in ihrem Betreuungsbereich

ca. 800 MitarbeiterInnen zu vertreten. Diese MitarbeiterInnen bezahlen Betriebsratsumlage und haben Anspruch, dass der Vorsitzende des Arbeiterbetriebsrates Rahmenbedingungen festlegt, bei der eine qualitative Terminplanung für alle möglich ist und nicht nur für die FSG-Betriebsräte.

Dieser Antrag wurde von der FSG-Fraktion abgelehnt.

Arbeitszeitprojekte – Vorgehensweise: Wir wollten erreichen, dass innerhalb des Betriebsrates eine überfraktionelle Meinungsbildung zu diesem Thema stattfindet, bevor die überbetriebliche Arbeitszeitgruppe zur Entwicklung von Zeitkonten gebildet wird.

Dieser Antrag wurde ebenfalls von der FSG abgelehnt.

Antrag der FSG: Vertreter des Arbeiterbetriebsrates beim Projekt „Zeitkonten“ soll BR Klaus Haidinger sein: Wir gaben dem

Antrag nicht die Zustimmung, weil die FSG nicht bereit war, vor Beginn des Projektes die Strategie und die Ziele des Arbeiterbetriebsrates abzuklären. Weiters sind wir der Meinung, dass BR Klaus Haidinger nicht die nötige Erfahrung besitzt für ein solch umfangreiches und verantwortungsvolles Projekt.

Die Freiheitlichen Arbeitnehmer brachten zwei Anträge ein: Diesen beiden konnten wir nach ausführlicher Diskussion innerhalb der LGS nicht die Zustimmung geben.

Wir lehnten ab, dass bei jedem runden Geburtstag der / die MitarbeiterIn 100 Euro bekommt. Dies wäre zu teuer gewesen.

Auch den Neuwahlantrag lehnten wir ab. Wir anerkennen das Wahlergebnis der vorgezogenen BR-Wahl. Wir glauben nicht, dass es im Interesse der Mitarbeiter gewesen wäre, eine BR-Wahl vom Zaun zu brechen.

BR Linsmaier gewinnt Entlassungsprozess beim Obersten Gerichtshof

Gut Ding bracht Weile. Am 12. März bekam ich das Urteil des Obersten Gerichtshofes zugestellt: Die voestalpine darf mich nicht entlassen!

Die Ironie dabei ist, ich bekam die Entlassung genau vor 2 Jahren am 12. März 2010 zugestellt.

In allen Klagepunkten wurde ich freigesprochen. Mobbing, Datenschutzverletzung, Information an die Medien. Die Wahrheit hat gesiegt.



Nach meiner Abwahl wollte ich die Missstände innerhalb der Gewerkschafts- und Betriebsratsorganisation aufzeigen. Ein Brief, den ich an das Konzernbetriebsratspräsidium geschrieben habe, wurde von irgend jemandem an die Medien weitergeleitet. Dieses Mail habe ich nur an Parteimitglieder der SPÖ geschickt. Durch dieses Fehlverhalten wurde ein Konflikt innerhalb des Betriebsrates, ein öffentlicher Konflikt.

Es war von meiner Sicht aus nie ein Konflikt mit dem Unternehmen. Ich verstehe auch bis heute nicht, dass sich das Unternehmen auf diese Ebene begeben hat.

Die Grenze ist sicherlich keine gerade Linie. Ich habe Dinge erkannt, die nicht korrekt waren und ich habe sie abgestellt, so weit es mir möglich war. Leider habe ich nicht alles erkannt, was nicht ok war. Es wurde manches jahrzehntelang schon so gehandhabt.

Dass sich hier vieles geändert hat, sieht man zB. an der positiven Entwicklung des BR-Vermögens. (Siehe Bericht Seite 1)

Insgesamt wurden im Prozess 22 Zeugen vernommen. Das Urteil der ersten Instanz war 50 Seiten lang, das der zweiten Instanz 20 Seiten und das des OGH zwei Seiten lang. Ehrlichkeit in der Politik und nicht die eigenen Machtinteressen in den Vordergrund zu stellen ist meine Einstellung.

Es läuft jetzt noch ein zweiter Entlassungsprozess gegen mich. Hier geht es aus meiner Sicht um die

gleichen Punkte wie schon im ersten Prozess. Ich blicke diesem Prozess sehr gelassen entgegen, denn ich habe mich nur für die Interessen der ArbeitnehmerInnen eingesetzt, was meine Pflicht war. Am 3. Mai ist der nächste Verhandlungstermin.

Die Sümpfe sind fast trocken gelegt

Der bekannte ehemalige Österreichische Bundespräsident Rudolf Kirchschläger sagte einmal im Zusammenhang mit Korruption: „Die Sümpfe müssen trockengelegt werden“.

Die Sümpfe, die im Zusammenhang mit der Betriebsratsarbeit bestanden haben, sind fast trocken gelegt. Fast, weil BRV Manfred Hippold und die FSG Betriebsräte nicht die Zustimmung geben, dass das Finanzregulativ des Betriebsrates verändert wird. Der BR-Fond-Kontroller der Arbeiterkammer machte bei den letzten zwei BR-Fondsprüfungen aufmerksam, dass es nicht rechtens ist, dass der Betriebsratsvorsitzende Ausgaben des BR-Fonds bis 1000 Euro selbst entscheidet.

LGS

Gerechtigkeit und Solidarität



Deine neue Vertretung

Die Wahrheit über die „Wahrheit“

Vier mal war in der letzten Ausgabe der „Wahrheit“ BRV-Stv. NR Dietmar Keck abgebildet. Sogar ein Brustbild auf A4 Größe. Einmal hätte wahrlich genügt.

Auf der freiwerdenden Fläche hätte die FSG über folgendes berichten können: Ziele bei dem Projekt „Zeitkonten“, Vorstellungen über die Prämienhöhe, Meinung der FSG zum Vorschlag VD Düsing (Zeitabgeltung Prämie), etc.

Persönliche Eitelkeit ist ihm aber scheinbar wichtiger als eine qualifizierte Information für die MitarbeiterInnen.

Es ist sicherlich legitim für einen SPÖ-NR, das Verhandlungsergebnis zum Sparpaket in einer parteipolitischen Zeitung wie der „Wahrheit“ zu rechtfertigen und zu verteidigen. Wir glauben auch, dass sich die SPÖ ein anderes Verhandlungsergebnis gewünscht hätte. Leider haben aber alle Gewerkschafter im NR, nicht nur die SP'ler, demokratisch versagt.

Sie sind in erster Linie uns, den Gewerkschaftsmitgliedern verantwortlich und nicht irgend einer Partei. Sie wurden

von allen Parteien, siehe auch ÖAAB und FCG, als Gewerkschaftsvertreter in den NR entsandt.

Vor der Abstimmung über das Belastungspaket kam dann die Stunde der Wahrheit. Es gab viele Aufforderungen an die GewerkschafterInnen im Parlament, dem Belastungspaket die Zustimmung zu verweigern.

Obwohl sie im Parlament als freigeählte Abgeordnete nur ihrem Gewissen und unseren Interessen verantwortlich sind, haben sie sich anders entschieden. Sie haben gegen uns für die Partei gestimmt und dadurch versagt.

Wir werden jedenfalls auch in Zukunft thematisieren, wenn das Stimmverhalten von SpitzengewerkschafterInnen im Widerspruch zu den Interessen der Lohnabhängigen und Gewerkschaftsmitglieder steht.

Und der Herr Minister ? Ist er nicht für alle da?



Ein Minister sollte jeden Bürger, unabhängig von der Parteizugehörigkeit, vertreten.

Auf seiner Kurzvisite in der voestalpine empfing Minister Hundstorfer aber nur die FSG-BR und deren Stellvertreter.

Weder die Liste LGS noch die FA wurden zu seinem Vortrag zum Belastungspaket eingeladen.

Wird auch ER parteipolitisch instrumentalisiert?

Mit uns zu einer neuen Qualität
Mehr Information
Mehr Gerechtigkeit
Mehr Mitsprache
LGS
www.linsi.at



BR Johann Linsmaier
Tel: 2580
Handy: 0664/6155621



BR Karl Haslinger
Tel: 4755
Handy: 0664/6157228



BR-Stv. Michael Leiter
Tel: 77699



BR-Stv. Jochen Kiesel
Handy: 0664/8362559



Herbert Stuhlpfarrer
Tel: 6369